

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheine

wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 4,00 Mk.,
bei allen Postenhalten 4,50 Mk.

Druck und Verlag:

B. Hynold's Stadtdruckerei, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hynold.

Anzeigen-Preis:

für die einpaltige Zeile oder deren Raum 75 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr bez. dem
Ercheinungstage.

Nr. 44.

Samstag, Nr. 49.

Sonnabend, den 15. Oktober 1921.

Postfachkonto
Breslau 18661

43. Jahrg.

Rundschau.

Die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt.

London, 10. Oktober. Der Vorsitzende der Handelskammer von Manchester erklärte in einer Rede, keine andere große Nation sei so von ihrem Außenhandel abhängig, wie Großbritannien. Für England gäbe es nur einen sicheren Weg: die Ausbreitung des Ausfuhrhandels. Zu diesem Zweck sei der Frieden in der Welt und in der Industrie notwendig. England müsse auf die Streichung der Kriegsschulden unter den Alliierten dringen, die die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt behindern. Auch „Wall Wall und Globe“ schreibt, eine Politik eines allgemeinen Wiederaufbaues der ganzen Welt sei dringend notwendig. Von vielen Seiten kommt die Forderung nach einer Weltkonferenz zur Untersuchung der besten Mittel zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Mächte und zur Verhütung des drohenden Zusammenbruchs. Die Probleme, die die unmittelbare Aufmerksamkeit der Politiker, Handelsfachverständigen und Arbeiterführer in Anspruch nehmen, seien das Ergebnis einer außerordentlichen Lage: der Niedergang des Handels und die Arbeitslosigkeit seien nur Symbole. Die schwankenden Währungen führten in allen möglichen Ländern zu den wildesten Spekulationen. Insbesondere zeige sich in Berlin das Spekulationsfieber. Alle Sachverständigen drücken die Befürchtung aus, daß ein Zusammenbruch nahe bevorstehe.

Der Reichstag.

Berlin, 12. Oktober. Das Kabinett hat über die vorzeitige Einberufung des Reichstages verhandelt. In unterrichteten Kreisen gilt es für möglich und wahrscheinlich, daß im Falle einer ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien der Reichstag sofort zusammentreten werde.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 12. Oktober. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab der Reichskanzler Dr. Brüning der allgemeinen Erregung darüber Ausdruck, daß der Völkerrundrat in Genf, soweit sich aus unwiderprochenen Nachrichten entnehmen lasse, über das oberschlesische Gebiet in einer Weise verfuhr, welche weder der durch die Abstimmung klar zu Tage getretenen Willensumgebung der oberschlesischen Bevölkerung, noch den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

Treffen diese Nachrichten zu und fällt der Oberste Rat eine so geartete Entscheidung, so werden deutsche Städte mit allem, was in ihnen an Arbeitswerten und Kulturgütern von deutschem Fleisch und deutschem Geist geschaffen worden ist, vom Reiche getrennt und unter Fremdherrschaft gestellt. Diese Losreißung würde nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, sondern auch vom gesamten deutschen Volk als Vergewaltigung und bitteres Unrecht empfunden werden. Nicht friedliche Entwicklung, sondern unablässige Verunsicherungen und Zwistigkeiten würden die Folge sein; dem deutschen Wirtschaftsförder würde eine unheilbare Wunde geschlagen werden.

Zusammenfassend erklärte der Reichskanzler; falls die Entscheidung so fällt, wie zu besorgen ist, so ist eine neue Lage geschaffen, welche die Voraussetzungen einschneidend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reichs übernommen und geführt hat. Eine abschließende Entscheidung wird das Kabinett erst dann treffen können, wenn der Spruch des Obersten Rates ämtlich vorliegt.

Der Reichskanzler stellte dies als einmütige Auffassung des gesamten Kabinetts fest.

Wenn die Regierung zurücktritt.

Berlin, 13. Oktober. Sollte es zu einem Rücktritt des Kabinetts Brüning infolge der ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage kommen, so soll Brüning mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden. Dieser Beschluß wurde in der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Reichstages gefaßt. Es wurde beschlossen, vorerst die offizielle Mitteilung der Entscheidung über Oberschlesien, die durch die Presse schon bekannt geworden ist, abzuwarten. Brüning hat sich mit einer Neubildung des Kabinetts einverstanden erklärt, wenn die deutsche Volkspartei genötigt sei der Neubildung beizustimmen. Das Steuerproblem gelangte, da sich die Versammlung nur mit der oberschlesischen Frage beschäftigte, nicht zur Verhandlung. Brüning wird heute morgen mit den Parteiführern der Koalition eine Unterredung haben.

Türkischer Sieg in Kleinasien.

Zürich, 12. Oktober. Der „Ereolo“ meldet aus Adana in Kleinasien, daß die Türken eine große Anzahl von englischen Tanks und eine Menge Kriegsmaterial erbeuteten.

Das russische Kinderelend.

Kopenhagen, 11. Oktober. Wie „Posten“ aus Rußland gemeldet wird, fordert die Hungersnot in Rußland immer mehr Opfer, besonders unter den Kindern. Im Samara-Gebiet lassen die Eltern meistens ihre Kinder verhungern, wieweil diese sogar in vielen Fällen, um die notwendigen Lebensmittel für sich zu bewahren. Nach den Berichten der Sowjettruppen über die Beförderung von Kindern aus den Hungergebieten nach Petersburg ist die Hungersnot der Sowjetbehörden, hierdurch eine Besserung der Lage herbeizuführen, vollständig mißlungen. In einem Zug, der mit 700 Kindern abfuhr, befanden sich bei der Ankunft in Petersburg nur noch 300. 200 Kinder waren unterwegs gestorben und 200 infolge schwerer Erkrankung unterwegs zurückgelassen worden.

Gefährdung der Goldbankette.

Berlin, 13. Oktober. Obwohl von seiten der Regierung behauptet wird, daß die Verhandlungen mit der Industrie andauern, wird von zuverlässiger Seite gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen der Industrie und der Regierung abgebrochen worden sind.

Oberschlesien.

Ist das die Entscheidung?

Genf, 12. Oktober. Das Gutachten des Völkerrundrates über die oberschlesische Frage ist nunmehr fertiggestellt und wird noch heute abend an den Obersten Rat abgehen. Die privaten Meldungen über die Grenzlinie in Oberschlesien sind bisher vom Völkerrundratssekretariat demontiert worden. Es befindet sich vielmehr, daß die gestern abend übermittelten Angaben des W.A.B. im allgemeinen zutreffen.

Diese besagten, daß endgültig eine Teilung des oberschlesischen Industriegebiets beschlossen sei. Es verlautet mit aller Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Storzalinen darstelle.

Danach sollen an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südpol des Kreises Hindenburg, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile des Kreises Tarnowitz und Lublitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königsgrün betrifft, so wird von einer den Polen günstigen Lösung gesprochen.

Der Rat bricht heute seine Genfer Tagung ab, nachdem er heute vormittag noch eine lange Vollsitzung abgehalten hat. Heute nachmittag sollen noch einige Besprechungen stattfinden und im Laufe des Abends werden die meisten Ratsmitglieder Genf verlassen, falls nicht noch unvorhergesehene Verzögerungen eintreten, was nicht wahrscheinlich ist. Von einer öffentlichen Sitzung, die anfangs im Sekretariat gewünscht wurde, will man absehen, dagegen wird das Informationsbureau des Völkerrundrates, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, heute abend eine längere Mitteilung über den Verlauf der Tagung ausgeben, die jedoch keinerlei Angaben über die Lösung selbst enthält. Der Oberste Rat bzw. die Vorkonferenz sollen morgen zur Prüfung des Gutachtens des Völkerrundrates in Paris zusammentreten. Es sollen gleichzeitig die notwendigen Vollzeitsmaßnahmen in Oberschlesien getroffen werden. Wenn dann diese Vorbereitungen beendet sind, wird das Gutachten des Völkerrundrates als Beschluß des Obersten Rates veröffentlicht werden. Man erwartet, daß diese Veröffentlichung am Sonnabend oder am Sonntag gleichzeitig in den Ententehauptstädten und in Genf erfolgt.

Die Entscheidung des Völkerrundrates.

Paris, 13. Oktober. Obwohl noch keine offizielle Mitteilung über die Entscheidung des Völkerrundrates über Oberschlesien vorliegt, glaubt man in eingeweihten Kreisen, wie aus zuverlässiger guter Quelle mitgeteilt wird, daß die Entscheidung gegen Genf hier eingetroffen ist. In französischen Kreisen wird freigeschweigen beobachtet.

Trotzdem gelang es, folgende Einzelheiten der Note über die Entscheidung festzustellen: Die Neuerungen des Völkerrundrates werden darin in fünf Teile zerlegt. Den ersten Teil bildet ein beglaubigtes Schreiben des Völkerrundrates, den zweiten Teil bildet ein Antwort des Rates, in dem er seine Gründe, die ihn zu der Entscheidung bewegen haben, klar legt, in dem dritten Teil wird die Grenze in Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen festgelegt, in dem vierten Teil werden Deutsche und Polen aufgefordert, gewisse Abkommen zu schließen und in dem fünften Teil wird die Bildung des Ausschusses dargelegt, der durch gewisse partielle Kommissionen die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Teile Oberschlesiens überwachen soll.

Die offizielle Veröffentlichung der Entscheidung ist nicht vor Sonnabend oder Sonntag zu erwarten, da erst ein Einvernehmen zwischen den Kabinetten von Paris, London und Rom hergestellt werden soll. In den polnischen und französischen Kreisen herrscht über die Einzelheiten der Entscheidung außerordentliche Verwirrung.

Streit um die Teilung?

Zürich, 12. Oktober. Aus Genf werden folgende Meinungsverschiedenheiten zwischen Lord Balfour und der Biererkommission gemeldet. In letzter Stunde habe Balfour aus London Walfungen erhalten, die den bisherigen Teilungsplan noch unzulässig geeignet sind. Wahrscheinlich wird es zu einer nochmaligen Vertagung kommen.

Verhinderung der Entscheidung?

Berlin, 13. Oktober. Aus Regierungskreisen verlautet, daß London die Genfer Entscheidung nicht als dringend hinnehmen wird. Lord George besteht auf der freien Entscheidung des Obersten Rates. Italien teilt diesen Standpunkt. Durch die heute entstandenen Komplikationen rechnet man mit einer neuerlichen Verhinderung.

Eine Rundgebung der Interalliierten Kommission.

Verfrühte Meldungen haben der Presse Veranlassung zu Rundgebungen gegeben, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu fördern. Um eine völlige gerechte Bewertung der Ergebnisse der Abstimmung zu erzielen, haben die interalliierten Mächte den Rat des Völkerbundes, dessen Unparteilichkeit unbestreitbar ist, eingeholt. Die Entscheidung muß von allen in Ruhe und Ordnung angenommen werden. Die Interalliierte Regierungskommission wird jeder Herausforderung, woher sie auch kommen möge, rücksichtslos entgegenreten. Gegebenenfalls werden die schuldigen Zeitungen unterdrückt und ihre Druckereien geschlossen werden. Die Interalliierte Kommission ist entschlossen, jede Unordnung zu verhindern; sie wird keine öffentliche Rundgebung dulden, ganz gleich welcher Art oder in welcher Absicht sie veranstaltet sei. Die Interalliierte Kommission gibt sich der Hoffnung hin, daß die Bevölkerung Oberschlesiens auch bei dem Schlußakt, der ihr Schicksal entscheiden soll, es sich angelegen sein lassen wird, dieselbe Besonnenheit zu bekunden, wie am Tage der Abstimmung, und daß sie die Interalliierte Regierung in dem Augenblick, wo diese im Begriffe steht, die ihr von den alliierten Mächten anvertraute Aufgabe zu vollenden, davon entbinden wird, zur Gewalt Zuflucht zu nehmen.

Gegeben zu Opatowitz, den 12. Oktober 1921.
Der Vertreter Frankreichs
Präsident Le Rond.
Der Vertreter Italiens
A. de Marinis.
Der Vertreter Großbritanniens
Herold Stuart.

Eine Ueberprüfung des Genfer Beschlusses durch den Obersten Rat?

London, 13. Oktober. Obwohl die englische Regierung dem deutschen Botschafter noch vorgefunden erklärt hat, daß sie sich verpflichtet habe, die Entscheidung des Völkerbundesrates über Oberschlesien anzuerkennen und obwohl die Meldungen verschiedener Blätter über einen Einspruch Englands gegen die Genfer Entscheidung ausdrücklich demontiert worden sind, hat es doch den Anschein, daß man in Londoner Regierungskreisen von der Entscheidung des Völkerbundesrates alles andere als entzückt ist. In politischen Kreisen erhält sich mit Hartnäckigkeit die Behauptung, daß die englische Regierung eine Ueberprüfung der Genfer Beschlüsse anzuregen beabsichtige. Diese Ueberprüfung solle in einer neuen Konferenz des Obersten Rates vor sich gehen, die in acht bis zehn Tagen in London vermutlich stattfinden werde. Es ist also immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Entscheidung des Völkerbundesrates noch nicht das letzte Wort in der obereschlesischen Frage bedeutet. Auch der „Daily Telegraph“ hält es für wahrscheinlich, daß baldigst eine Konferenz des Obersten Rates einberufen werde, um den Teilungsvorschlag des Völkerbundesrates zu besprechen und um den verschiedenen Stellen, die mit der Durchsührung der Anordnungen des Obersten Rates betraut werden sollen, die notwendigen Anweisungen zu erteilen.

Entscheidung über Oberschlesien am Sonntag?

Genf, 12. Oktober. Der Völkerbundsrat hat heute morgen seine letzte Sitzung abgehalten. Man berichtet, daß er sich nochmals mit der Frage befaßt hat, wie das Gutachten veröffentlicht werden soll. Die Mitglieder des Völkerbundsrates haben Genf heute Abend verlassen. Die endgültige Entscheidung des Obersten Rates wird voraussichtlich am Sonntag erfolgen.

London, 12. Oktober. „Evening Standard“ berichtet, es sei sehr wahrscheinlich, daß eine Sonderkonferenz des Obersten Rates einberufen werden wird, um den vom Völkerbundsrat über die obereschlesische Frage verfaßten Bericht zu erwägen. Man glaubt, daß die Konferenz des Obersten Rates innerhalb der nächsten 8 oder 14 Tage in London stattfinden werde.

London, 12. Oktober. Der gestrige Abendbesuch des deutschen Botschafters bei Lloyd George dauerte drei Stunden. Unmittelbar darnach berief Lloyd George die in London anwesenden Mitglieder des Kabinetts zu sich. Die „Times“ melden: Die hohe politische Bedeutung des deutschen Schrittes bei Lloyd George wird durch seine Folgen bewiesen. Der Besprechung folgte eine einstündige Kabinettsitzung, worauf wichtige Diskussionen an die beiden englischen Delegierten in Genf ergingen. Belagerungszustand erst bei der Veröffentlichung der Entscheidung.

Kattowitz, 12. Oktober. Die auch in obereschlesische Blätter übergegangene Meldung

des Pariser „Matin“, nach der für die interalliierten Truppen in Oberschlesien am Mittwoch eine Alarmbereitschaft angedeutet sein soll, ist unzutreffend. Ebenso fand die überall in Oberschlesien angebotenen Gerichte von einer Verköstigung des Belagerungszustandes am Mittwoch Abend oder Donnerstag Abend fall. Es ist dagegen damit zu rechnen, daß am Tage der Veröffentlichung der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens der Belagerungszustand verhängt werden wird.

Oberschlesien protestiert!

Kattowitz, 11. Oktober. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien, die katholische Volkspartei (Zentrum) Oberschlesiens, die deutsche demokratische Partei Oberschlesiens, der Bundesverband Oberschlesien der Deutschen Nationalen Volkspartei und die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens haben heute an den Reichskanzler Dr. Wirth Telegramme geschickt, in denen gegen eine Teilung Oberschlesiens protestiert wird.

Zimmer wieder neue Teilungspläne.

Paris, 12. Oktober. Der Genfer Korrespondent des „Tribune“ teilt mit: Die Grenzlinie in Oberschlesien, die der Völkerbundsrat vorgeschlagen beabsichtigt, scheint jetzt wie folgt zu verlaufen:

1. Polen erhält die beiden südlichen Kreise Pleß (insgesamt) und Rybnik (zum größten Teil)
2. Das Industriebecken wird unter die beiden Länder geteilt. Deutschland erhält die westlichen Kreise des Beckens Gleiwitz-Hindenburg (Hindenburg sowie Bentzen Stadt), Polen erhält die Kreise Rätzig-Hütte, Bentzen-Band, Kattowitz-Stadt und Kattowitz-Band.
3. Die beiden im Osten von Oberschlesien gelegenen Kreise Larnowitz und Lublinitz werden in ihrem südlichen Teil Polen, in ihrem westlichen Teil Deutschland zugesprochen.
4. Deutschland behält die anderen obereschlesischen Kreise, also Krosenberg, Kreuzburg, Opeln, Groß-Strehlitz, Tost, Kofel, Döberglogau, Kroschütz und Ratibor.

Was das für Oberschlesien vom Völkerbundsrat in Aussicht genommene wirtschaftliche Regime betrifft, glaubt der Genfer Korrespondent des „Tribune“ zu wissen, daß die Frage große Schwierigkeiten bereite, die in den letzten Tagen den Völkerbundsrat hat beschäftigt. Man dürfe so viel sagen, daß eine Kommission die Aufgabe haben werde, den Verkehr, die Wasser-Verordnung und die anderen ähnlichen Fragen wirtschaftlicher und technischer Art zu regeln. Die Kommission, die wahrscheinlich nur drei Personen umfassen werde, würde ihre Tätigkeit 10 Jahre lang ausüben. Dieser Zeitraum werde indessen abgekratzt werden können, wenn die Notwendigkeit sich dazu herausstellt.

Kattowitz will deutsch bleiben!

Kattowitz, 12. Oktober. Das nachstehende Telegramm von den Vertretern der deutschen Bevölkerung der Stadt Kattowitz ist an den Völkerbundsrat Köln, Premierminister Lloyd George London, Ministerpräsident Briand Paris, Ministerpräsident Benoni-Rom und den japanischen Botschafter beim Obersten Rat Paris übersandt worden:

In der Stadt Kattowitz sind bei der Volksabstimmung mehr als 85 Prozent der Stimmen für Deutschland abgegeben worden. Eine Zuteilung der Stadt an Polen wäre eine grobe Mißachtung des Abstimmungsergebnisses. Die deutsche Bevölkerung ist aus tiefster Erregung durch die Pressenmeldungen, daß eine derartige Zuteilung in Erwägung gezogen worden sei, und könne die Möglichkeit der Weltungen nicht glauben. Das Wirtschaftsleben der Stadt ist mit dem deutschen Wirtschaftsgebiet untrennbar verbunden und ihre Fortsetzung vom Mutterlande würde ihre Lebensbedingungen vernichten. Wir fordern deshalb, gestützt auf das feierlich verkündete Recht der Selbstbestimmung, die Stadt Kattowitz bei Deutschland zu belassen.

Kattowitz erneut an den Völkerbundsrat.

An den Völkerbundsrat

Genf.

Bemruht durch die letzten für uns unkontrollierbaren Nachrichten aus Genf erheben wir schärfsten Protest gegen eine etwa beabsichtigte Teilung Oberschlesiens, weil diese den sicheren wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum des Landes zur Folge haben würde.

Wir können es nicht glauben, daß der Völkerbundsrat das klare Ergebnis der Volksabstimmung vom 20. März 1921 und den Sinn des Versalles Vertrages außer acht zu lassen gedenkt, um eine so ungewöhnliche Rechtsverletzung vorzunehmen. Jeder Oberschlesier, ganz gleich welcher Partei er angehört, wird eine Teilung unserer Heimat als einen Stieg der Gewalt und Unruhmacht über Recht und wirtschaftliche Gerechtigkeit empfinden.

Wir haben mit über 60 Prozent für das Verbleiben ganz Oberschlesiens bei Deutschland gestimmt und haben daher ein Recht zu verlangen, daß der Völkerbund dahin entscheidet, daß das ganze Abstimmungsgebiet seinen Anschluß an Deutschland behält.

Die Frage nach einer Teilung des Abstimmungsgebietes ist bei der Abstimmung am 20. März 1921 nicht gestellt worden. Wenn der Völkerbundsrat eine solche vorzuschlagen gedenkt, so möge er dem obereschlesischen Volk, welches nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker allein darüber zu entscheiden hat, diese Frage zur Beantwortung vorlegen.

Die deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften des Stadt- und Landkreises Kattowitz.

Was Genf beschlossen zu haben scheint.

Genf, 13. Oktober. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates wurden gestern nachmittags fortgesetzt und mit einem Protokoll beendet, das alle Teilnehmer unterzeichnet haben, d. h. Balfour, Bourgeois, Dymann, Markt Zepolovitz, Wellington Koo, Naemolde da Cunha. Vor der Schlußsitzung über Oberschlesien fand noch eine ordentliche Tagung unter Vorsitz von Wellington Koo statt. Die Beisitzung wurde am Sonntagabend oder Sonntag stattfinden. Ein besonderer Artikel ist gestern abend abgelesen, um Briand das Gutachten zu übergeben. Eine halbe Stunde nach Schluß der Sitzung wurde eine Mitteilung ausgeteilt, die beweist, daß die Entscheidung für Deutschland höchst günstig ist und zwar einen Kompromiß zwischen dem Plan der Neutralisierung und dem der Teilung darstellt.

Jede Abgabe über die neue Grenze wird vermieden. Es wird aber gesagt, daß sie durch das Industriegebiet geht. In übrigen gelten die Mittelungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Ungleichheit dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die Beibehaltung der deutschen Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnenfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Zink, und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Ubergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens 15 Jahre dauern soll.

Ein abgelehnter deutscher Gegenvorschlag.

Paris, 13. Oktober. Dem „Intransigant“ wird aus Warschau gemeldet: Graf Harry Kähler hat der polnischen Regierung kürzlich den deutschen Vorschlag übermitteln: Polen begnügt sich mit den Bezirken Pleß und Rybnik und erhält dafür von Deutschland 5 Millionen Goldmark für die Erschließung der Kohlenlager von Dombrowa. Deutschland verpflichtet sich überdies, Hochöfen und Hütten im polnischen Teil von Oberschlesien zu bauen und Polen Jugenture und Schulter zur Verfügung zu stellen. Das polnische Kabinett hat sich in einer der letzten Beratungen mit großer Mehrheit ablehnend verhalten.

Oberschlesien und „Erfüllung.“

Der Vorsitzende des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Eder von Braun, erklärte dem Vertreter der „Telegraphen Union“, daß die Erfüllung der aus der Entente anerlegten Lasten bei einer glänzenden Lösung der obereschlesischen Frage die äussersten Anforderungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes stellen würde. Sollten wir Oberschlesien aber verlieren, dann wäre an die Erfüllung der Verpflichtungen überhaupt nicht mehr zu denken.

Neue Truppen sendungen nach Oberschlesien.

Mainz, 13. Oktober. Ueber Mainz sind gestern vier Oberallerschleische mit französischen und belgischen (?) Truppen gefahren. Weitere Armee sind für morgen von Besatzungsarmee angefordert.

Antrag auf Ablehnung der Genfer Entscheidung durch Deutschland.

Berlin, 13. Oktober. Wie aus parlamentarischen Kreisen gemeldet wird, wollen die Reichsparteien im Reichstag den Antrag einbringen, die Reichsregierung möge die Anerkennung der Genfer Entscheidung verweigern, wenn sie nicht in allen Punkten dem Versailler Vertrag entspreche. Auch die Demokraten werden für den Antrag der Reichsparteien eintreten.

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen!

London, 13. Oktober. Man glaubt in offiziellen Kreisen, daß angesichts der Schwere der Verantwortlichkeit, die die Alliierten auf sich genommen haben, die unabwendbare Notwendigkeit besteht, sich vorher darüber klar zu werden, ob sich der Völkerbundsrat mit seiner Entscheidung über Oberschlesien innerhalb des

Ihm vom Obersten Rat übertragenen Mandats gehalten hat. Die englische Regierung glaubt, daß diese Entscheidung einer Prüfung unterzogen werden muß, damit man sich davon überzeugen könne, ob diese dem Friedensvertrag von Versailles entspricht und ob sie mit Bezug auf den Friedensvertrag streng gesehlich gebunden wurde. Sollte irgend ein Fehler in der einen oder der anderen Hinsicht entdeckt werden, so müßten die alliierten Regierungen diesem abhelfen.

Berlin, 13. Oktober. Von Regierungsseite hört man, daß die Regierung nicht immer noch auf eine Wendung in der obersteinsten Angelegenheit zugunsten Deutschlands hofft, und zwar, weil man annimmt, daß England den Genfer Beschluß nicht annehmen oder aber ihn zu umgehen versuchen werde, daß er nicht die Wirkung erhält, die ihm der Beschluß des Völkerbundesrats gibt. Man ist in Regierungskreisen der Auffassung, daß sich heute noch gar keine bestimmte Stellung zu dem Genfer Beschluß nehmen läßt, da einmal arbeitsfähige Nachrichten aus Genf vollständig fehlen, sobald aber der Zusammenritt des Obersten Rates abgewartet werden muß, der sich vielleicht sogar bis Anfang November verzögern kann.

Vokales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 14. Oktober 1921.

(Silberhochzeit.) Am Dienstag den 18. d. M. kann Herr Kaufmann Betzel gerade mit seiner Gattin das 25 jährige Ehejubiläum begehen.

(Wohnungsbeschlagskommis.) Anstelle des Justizprokors Herrn Karwath, der dieses Amt niedergelegt hat, ist seitens des Magistrats Herr Magrats- und Polizeikommissar D. M. als Wohnungsbeschlagskommis. sor und Vorsitzender des Wohnungsamtes für mehrere Stadt ernannt worden.

(Verpachtung der Jahr- und Wochenmarktfleischgelde.) Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtbürgerlichen Versammlung hat der Magistrat die Erhebung der Jahr- und Wochenmarktfleischgelde für die Zeit vom 1. November 1921 bis 31. Oktober 1922 an die Witw. Jakszajt für 21 150 M. verpachtet.

(Verlängerung der Polizeistunde.) Seitens der Polizei Verwaltung ist die Polizeistunde für sämtliche Distrikte auf 12 Uhr festgesetzt worden.

(Belagerungszustand.) Die „Oberste Volksk.“ meldet nach zuverlässiger Quelle: 24 Stunden vor Publikation der Entscheidung über Oberösterreich wird der Belagerungszustand verhängt werden.

(Zum Kirchenraub.) Der kürzlich hier ausgeführte Kirchenraub hat sich, so noch in Dunkel gehüllt. Die eingeleitete Untersuchung hat bis jetzt irgend welche positiven Tatsachen nicht ergeben. Eine in dieser Angelegenheit erfolgte Verhaftung dürfte wenig zur Klärung der Sachlage beitragen.

(Im Lichtspielhaus) g. langt am Sonntag den 16. d. M. der sensationelle Film der Kaiserin, betitelt: „Die Nischen der Doktor Dalmore“, zur Vorführung.

(Raub.) Wie bekannt, sollen vor ungefähr einer Woche 8 verurteilte, bis an die Knie bewaffnete Gestalten im Wolschgraben Walde einen Fleischermeister aus Kransdorf, als derselbe mit seinem Gelbpann aus Sobran fuhr, überfallen und seiner Borscheit von 8000 M. beraubt haben. Wann wird die Unsicherheit endlich einmal ein Ende nehmen?

(Ein Brandverstoß in schwerer Stunde.) Beim Deutschen Ausschuss für Oberösterreich ist folgendes Telegramm einge-laffen:

Klagenfurt, 12. Oktober. Kärenten, daß nach schwerem Wind und heftigen Stürmen die Freiheit der Dalmatier errungen hat, fiesert heute die erste Wiederkehr seiner Abhängigkeits und gedient auf sein Ehrengeleit in treu und dankbar ein Gruß G. metropolitangefühl bis uns durch gleiches Schicksal verbundenen Volkes in Oberösterreich. Die Kärenter g. ähen heute die ledig präsenten Widder und Schwärzer in Oberösterreich und verfolgen auch weiterhin mit heißer Anteilnahme das Schicksal Oberösterreichs. Das Recht ist so klar wie die Sonne auf unsern Bergen scheint und wird auch nicht fliegen bei unerschütterlichem und zähen Einsitzen des ganzen deutschen Volkes. Kärenter D. malieblich.

(Zum Kampf gegen die Steuer.) Von der Reichsseite des Oberpräsidenten wird mitgeteilt: Die Provinzial-Steuerprüfungsstellen sind mit allen Kräften bemüht, soweit ihre Macht-mittel ausreichen, der herrschenden Steuerung zu beigehen. Sie richtet aber auch an die Bewö-

kerung die dringende Bitte, sie tatkräftig in diesen ihren Bestrebungen zu unterstützen und sich bei offensibaren Überforderungen an die in den einzelnen Städten bestehenden Vereinstützungsstellen zu wenden. Die Provinzial-Steuerprüfungsstellen hat verschiedene Anwesenheitspreise veröffentlicht und wird darin fortfahren. Die Bewölkung erhält dadurch die Möglichkeit, zwischen herabgesetzten und überhöhten Forderungen für bestimmte Warengruppen zu untercheiden.

(Die Not der Kleinentner.) Man schreibt: Die Not der Kleinentner stimmt durch die neue Verteuerung der Lebensmittel in katastrophaler Weise zu. Die Preisen der „unsicheren Papiere“ reichen nicht mehr für das Nötige und die Kaufkraft der Mark sinkt unablässig weiter. Im gleichen Tempo entwertet sich der Kurs der Papiere. Die Inhaber von Kriegsschatzen und ähnlichen Werten werden neben den heute ganz ungenügenden Zinsausfällen in nicht langer Zeit das fast völlige Schwenden ihres Vermögens zu beklagen haben, besonders wenn der heute noch zwangsläufig gebaltene Kurs der Kriegsschatze fällt. Was kann geschehen, um die Not zu lindern? Wer nicht sp. kultieren und mit der Aussicht auf guten Gewinn auch die Gefahr großer Verluste in Kauf nehmen will, dem gibt eine neue Organisation Gelegenheit, seine Vermögenslage zu sichern. Es hat sich unter der Firma „Wohlfahrt“ Vaterländische Gesellschaft v. b. S. ein Zusammenschluß gebildet, der auf einer sorgfältig durchdachten und berechneten Grundlage tatsächlich in der Lage ist, Aktien von Papiere den volligen Einheitspreis des toppten Einkommens als bisher zu ermäßigen und jeden Kursverlust zu vermeiden. Die roten alten Papiere von Papiere, die ihre Einkünfte zu verb. sind wählend, sich an die Gesellschaft für Wohlfahrt G. m. b. S., Beilke W. 30, Volkshausstraße 14, mit der Bitte um Auskunftstellung zu wenden. Erwähnt sei nur noch, daß die Gesellschaft statutenmäßig diese für zukünftigen Einkünfte verwendet, um kreditwürdigsten Persönlichkeiten aus allen Volksteilen die Beschaffung von Hausrat unmittelbar aus der Fabrik zu ermöglichen. Diese können ein Kredit beantragen und ihre Einzahlung bei der Gesellschaft in weit dem freien Teilzahlungsmöglichkeiten. Auch hierüber gibt die Gesellschaft Auskunft.

(Erstreckende Zahlen.) Der amerikanische Professor Strong veröffentlicht eine Statistik des letzten Krieges. Danach hat der Weltkrieg die Menschheit um 43 Millionen Menschenleben gekostet. Der größte Teil der Gefallenen fand im Alter von 22—44 Jahren. Frankreich wird erst in 70 Jahren die Bevölkerungsziffer vor dem Krieg erreichen können. Die materiellen Verluste, die die Völker der Erde durch den Krieg erlitten haben, sind sowohl die Kriegsverluste, als auch die zivileren, betragen 248 Milliarden Dollar, während der Krieg allein 84 Milliarden Dollar gekostet hat.

(Die aubeinandergewachsenen Liebe.) Der „Höchstens über Generalmajor“ vertritt die folgende familiäre Ansicht: „Im letzten Ansehen vorzugeben, geben wir hiermit bekannt daß unsere Tochter Willy in Folge sechsjährigen Aueinanderwachsens ihre Verlobung mit Herrn Herbert Berkend als aufgehoben betrachtet. Adolf Class u. Frau.“

(„Lugab.“) Metallblumen auf Damenhäuten sind ein Zug, so hat wenigstens der Finanzminister der Zugriffe wegen entschieden. Strempel sind unter allen Umständen ein Zug, auch wenn sie nicht gepulvert sind, und nur aus Papp. bestehen. Auch das hat die Reichskanzlei in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister entschieden.

(Reisechwierigkeiten nach dem Osten.) Ueber die Passformalitäten bei Reisen durch den sogenannten polnischen Korridor bestehen noch immer irrige Ansichten. Für die Reise nach Danzig auf dem Landwege ist der polnische Durchreisepass notwendig. Nach D. 1 und D 3 der Pass oder Personalantrag ist ohne den Durchreisepass notwendig ein polnisches Konsulat. Da diese Pässe für vier Wagenklassen g. ähen, so brauchen Reisende der vierten Klasse in allen Fällen den polnischen Durchreisepass mit ihrem Pass. Der ist auch nötig, mit Ausnahme bei der Fahrt mit den Zügen D 1 und D 3 bei Reisen auf dem Landwege nach dem Bannat, Bikaner, Seltand und Gland. Auf dem Seewege von Stettin nach Danzig und Oppeln bedarf es keine polnischen Reisepässe. Jedem zu Reisen nach dem Osten gebilligten ist zu raten, sich vorher bei der Zentrale des Reichswanderungsamts in Dresden, Kaiser Wilhelm Platz 20 kostenlose Auskunft einzuholen.

(Ein Familienreit im Hause Sachsen-Weimar-Eisenach.) Reminiszzenzen an vergangene Zeiten ruft ein Reitreit

was, der vor dem Landgericht Olag anhängig gemacht werden und dessen Aufröhlung ein Schlaglicht auf die hinter den Kulissen eines früheren deutschen Hofes herrschenden Zustände werfen wird. Graf Hermann v. Ostheim, der bis zu seiner im Jahre 1909 erfolgten Verzichtserklärung den Rang und Titel eines Prinzen von Sachsen-Weimar-Eisenach führte, klagt gegen seinen Vetter, den ehemaligen regierenden Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach, jetzt wohnhaft auf Schloss Hirschdorf im Kreise Mauerberg, auf Festsetzung, daß erstens die Verzichtserklärung des vormaligen Prinzen, jetzigen Grafen von Ostheim, vom 28. Juli 1909 nichtig ist, daß der Graf infolgedessen nach wie vor Mitglied des großherzoglichen Hauses Sachsen mit allen aus dieser Mitgliedschaft sich ergebenden Rechten und daß er demnach auch insbesondere berechtigt ist, Rang, Namen, Titel und Wappen eines Prinzen des großherzoglichen Hauses zu führen. Ferner verlangt der Graf die Festsetzung, daß alle dem Großherzog als ehemaligen regierenden Fürsten zustehenden Rechte am Kron- und Kammervermögen infolge des Bruchs des Großherzogs vom 9. November 1918 auf den Kaiser übergegangen sind. Die Grände, die den Grafen von Ostheim zur Erhebung der Klage veranlassen, sind lediglich moralischer und wirtschaftlicher Natur und liegen nicht auf politischem Gebiet. Da der Bruch der Auseinanderhandlungen zwischen dem Großherzog Friedrich August dem ehemaligen Großherzog Wilhelm Ernst bevorsteht, ist der von dem Grafen von Ostheim erhobene Anspruch auch für die Öffentlichkeit von Interesse. Im Prozess wird Graf von Ostheim durch Rechtsanwalt Walter Nitz (Berlin), der Großherzog durch seinen Generalbevollmächtigten, Justizrat Dr. Kronold (Weimar), vertreten.

Kyponitz, 13. Oktober. Ein dummes Jungenweibchen. Der 17 jährige Sohn eines böhmischen Bergwerksarbeiters in der Nähe von Kyponitz bringt, getrieben „vom Geist der Zeit“, die grenzenlose Dummheit, an der Kaufmann Böhm in Kyponitz mehrere Drohbrieve zu schreiben mit der Aufforderung, dem Ueberbringer des Briefes 150000 Mark abzuliefern, widrigenfalls ihm (Böhm) etwas Menschliches passieren würde. Der junge Mensch brachte den letzten Drohbrief selbst zu Böhm, wurde erkannt und zur Anzeige gebracht. Bei der Einnehmung machte der junge Mensch allerdings Angaben und Mitteilungen, die sich als unzuverlässig erwiesen. In bedauern sieht die Eltern des Jungen.

Kottowitz, 14. Oktober. 90000 Mark für 1 Hund. Am Montag abend machte ein Hundebesitzer in einem kleinen Dorf mit einem stark ausmiliten älteren Herrn ein gutes Geschäft. Er verkaufte ihm einen angeblich raffinierten, vorzüglich dressierten (!) Hund, der das besondere Wohlgefallen des Herrn erregte, für 90000 Mark.

Kastler, 11. Oktober. (Zum Tode verurteilt.) Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heute gegen den Arbeiter Wilhelm Wika aus Mafotshan (Kreis Hohenburg) verhandelt. Der Angeklagte hat im März auf dem Bahnhof Rauron den Steiger Schramm erschossen. Dem Gericht sahen raubte er mit zwei Ephegelassen eine Urkataste, in der sich 250000 Mark befanden. Als der Angeklagte Saenger dem Steiger Schramm um Hilfe rief, wurde er von Wika gleichfalls niedergestreckt. Während es gelang, den Körper zu fassen, konnten seine beiden Ephegelassen flüchten. Ihr Aufenthaltsort ist bis heute noch nicht ermittelt. Der Angeklagte war in der heutigen Verhandlung geständig, Schramm und Saenger erschossen zu haben. Die Geschworenen blickten darauf die ihnen gestellten Schuldfragen, worauf das Gericht Wika zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte wurde.

Läuse Wanzen
 Schmeißerfliegen 100 000 flieg aufzubereitet.
 Flecken 100 000 flieg aufzubereitet. Ueber den Erfolg steht.
 Besittigen Sie in 10 Minuten bereitet werden Sie können.
 In allen Apotheken, Drogerien, Hotels, Gasthöfen, Speisekammern, Kasernen, Schulen, Armee, etc.
 Verlangen Sie nur Goldobal. In den Hauptstädten:
 Sobran: Adler-Apotheke.

Achtung Kriegesgefangene!
 Durch Erlass der Reichsregierung vom 23. August 1921 sind den Hilfsvereinstäten (Krisenvereine) beschränkte Mittel zur Abgeltung der noch nicht gegahlten Gefangenenabgabe sowie des bei der Gefangenenabgabe abgenommenen Privateigentums überwiesen worden. Die Abgeltung erfolgt nicht in der Weise, daß der ganze Rückzahlungsbetrag bzw. eine volle Entschädigung für die bei der Gefangenenabgabe abgenommenen Wertgegenstände erstattet wird, sondern in der Weise, daß je nach dem Grade der Bedürftigkeit für den Ausfall der Rückzahlung eine Rückzahlungsbetrag, als Ersatzabgabe für die bei der Gefangenenabgabe abgenommenen Sachen eine

Gutsühigungsbeihilfe gemäß den Bestimmungen der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilisierungen vom 23. 8. 1921 gewährt wird. Für Einkommen, verloren gegangene Wohlfühnungen und für die während der Abwesenheit des Mannes in der Wirtschaft oder an sonstigen Eigentum in der Heimat entstandenen Schäden dürfen Ansprüche nicht geltend gemacht werden. Bei Ausgabe des abgenommenen Privatvermögens dürfen nur Frieder-Swerte angestrebt werden. Berücksichtigt werden nur Anträge von solchen ehemaligen Kriegsgefangenen, welche von dem zuständigen Hilfsausschuß eine wirtschaftliche Beihilfe erhalten haben. Die Anträge sind in Schriftform beim Hilfsausschuß des Wohlführensamts in Rybalt für alle im hiesigen Reichs wohnhaften Kriegsgefangenen bis spätstens

15. November 1921

unter dem Antwort: Rifa-Sach (drücklich hervorgehoben) einzureichen.

Die Bewilligung der eingegangenen Anträge erfolgt erst nach Einigung sämtlicher Anträge durch den Hilfsausschuß Rybalt, damit eine gerechte Verteilung der überlieferten Mittel stattfinden kann.

Evang. Gemeinde Sohrau.

Sonntag, den 16. Oktober 1921:
Kein Gottesdienst.

Standesamt-Nachrichten von Sohrau.

Sterbefälle.

Am 10. Oktober Robert, Sohn des Maurers Adam Pajter, 8 Monate alt; am 13. der Wittling Emil Wierichs, ohne Beruf, 41 Jahre alt; Elisabeth, Tochter des Händlers Franz Kwozka in Golasow, 13 Jahre alt.

Für die mir aus Anlaß meines 50. Geburtstages aus Freundes- und Bekanntenkreisen zugegangenen Gratulationen danke ich hierdurch herzlichst.

Sohrau OS., den 12. Oktober 1921.

Franz Gornik.

Osrاملampen

empfiehlt Alfons Lubecki.

Lüftiges

Leinwand

auswändig nach 8 Tagen verschunden durch Chemisches Reinigungs-Verfahren mit in 2. Nur Spezialbehandlung für diese Art Stoffe zu empfehlen. Zu haben in allen Stoffel-, Trauer- und Wäschehandlungen.

3 weiß-grau geschäpperte

Süßchen entlaufen!
Gegen Belohnung abgegeben bei Rotter, Sohrau, Friedrichstraße.

Suche zum 1. November saubere, anständige **Bedienungsfrau (od. Mädchen).**
Franz Postsekretär Arndt, Pfefferstraße 256.

Zwei tüchtige und verlässliche

Hausmädchen
werden für einen Villenhaushalt von vier Personen in Berlin-Spandau gesucht. Mt. 150—200 Lohn für gute Kraft. Angebote mit Zeugnisabschriften oder Empfehlungen an die Villa Columbus, Berlin-Spandau, Kaiserstr. 2.

Hausgrundstück
Scheune, Stallung und Garten in besser landwirtschaftlicher Lage in Sohrau zu verkaufen. Anfragen an die Expedition dieses Blattes.

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheilmittel** in 8 bis 14 Tagen. — Zahlreiche Dankschreiben.
Eine Flasche genügt. Preis 95 Mark.
F. Müller, Hülländiger, Bremen
Grosse Krummenstr. 28. Sprechst. 9-10 u. 8-4 Uhr.

Sonabend, den 15. Oktober 1921:

Bergmannsball

in Broß's Saal.

— Anfang nachmittag 6 Uhr. —
Mitglieder und Gäste werden eingeladen.
Der Vorstand.

Schützenhaus Sohrau.

Sonntag, den 16. Oktober:

Großes Erntefest.

— Anfang nachm. 4 Uhr. —
Es ladet freundlich ein
J. Siekiera.

Eine Mohnmühle

gebraucht, hat zu verkaufen
Alfons Lubecki.

Starke, Abfabfertel und Läufer

hat abgegeben
Dominium Baranowitz.

Sohrauer Lichtspiele

Zum Sonntag, den 16. Oktober cr.:

Die Liebschaften des Hektor Dalmore

Der interessanteste Film der Saison.
Nur für Erwachsene!

Die Vielgeliebte!!

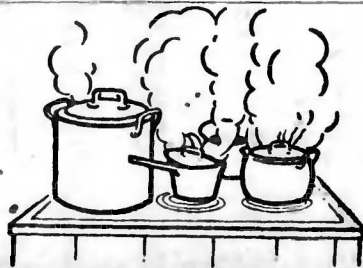
oder:
Paul als Paullinchen!!

Motto: Amme werden ist nicht schwer,
— Amme sein, dagegen sehr.

Zwei Lehrlinge

die das Sattlerhandwerk gründlich erlernen wollen, können sich bald melden.

Paul Lipina, Sattlermeister
Sohrau OS.



Wenn Sie Ihr Essen bereiten

oder Ihren Kaffee kochen, können Sie die gleiche Herdhitze, ohne Mehrkosten, zum Waschen ausnutzen. Sie lösen

PERSIL

im Wasserkessel auf, tun sofort Ihre Wäsche hinein, stellen das Gefäß auf den Herd und lassen die Wäsche eine Viertelstunde lang mitkochen.

Schon ist die Arbeit fertig!

Die Wäsche ist völlig sauber, blütenweiss, frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Sie sparen Zeit, Kohlen, Arbeit, Geld!

Sorgen Sie daher, dass Persil niemals in Ihrem Haushalt fehlt, es ist wieder überall in bekannter Güte erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleiniger Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO“
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Zeitungs-Musträger

am liebsten

Frauen oder Mädchen

für sofort gesucht.

Sohrauer Stadtblatt.